Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 8 (1940-1941)
Heft: 1

Artikel: Die Ausbreitung des Krieges
Autor: Salis, J. R. von
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-758137>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Ausbreitung des Krieges

Von J. R. von Salis

Rückblick

Ein französischer Rechtsgelehrter schrieb einmal, im Frieden bereite man den Krieg und noch verschiedene andere Dinge vor, im Krieg aber arbeite man ausschliesslich für den kommenden Frieden. Letzten Endes ist auch 1939 — wie bei ähnlichen Gelegenheiten in der Vergangenheit — der Krieg ausgebrochen, weil zwei Mächtegruppen vom europäischen Frieden Auffassungen hatten, die einander diametral entgegengesetzt waren.

Jede von beiden führt Krieg, um ihre Auffassung vom Frieden durchzusetzen. Für das Deutschland Stresemanns und in verstärktem Mass für dasjenige Hitlers war ein wirklicher Frieden nur denkbar, wenn der Versailler Vertrag aufgehoben wurde. Die ersten Etappen dieser Revisionspolitik wurden von den Siegermächten des letzten europäischen Krieges hingenommen. Von 1935 (Ankündigung der deutschen Wehrfreiheit) bis 1939 (Besetzung Böhmens und Mährens durch die deutsche Wehrmacht) lag das Gesetz des Handelns in der europäischen Politik ohne jeden Zweifel bei Hitler. Er hatte im Herbst 1938 das Gesetz des Handelns in München, der Hauptstadt der Bewegung, den dorthin berufenen Ministerpräsidenten Englands, Frankreichs und Italiens diktieren können. Diese zogen die äussersten Konsequenzen aus dem in Versailles zu einer Art politischem Dogma erhobenen Nationalitäten- oder Volkstumsprinzip, als sie die Vereinigung der Sudetendeutschen mit dem Deutschen Reich durch ihre Unterschriften anerkannten.

Als der deutsche Reichskanzler den Schritt von der Volkstumsideologie zur Politik des Lebensraumes wagte und die Tschechei zu einem Protektorat des Reiches machte, schrieb er zwar noch das Gesetz des Handelns vor, doch konnte er die internationale Anerkennung für die neue Situation nicht mehr durch-

setzen. Von da an gingen in den europäischen Kanzleien die Auffassungen über das friedliche Zusammenleben der Völker — das den Gegenstand aller Diplomatie bildet — so sehr auseinander, dass es nur noch eines Anstosses bedurfte, um den Krieg zu entfesseln. Krieg ist ein Zustand, in dem die Gegner einander das Gesetz des Handelns aufzuzwingen versuchen, beziehungsweise sich dagegen wehren, dass es ihnen vom Feind aufgezwungen werde. Lag aber das Gesetz des Handelns bei Kriegsausbruch noch in Berlin? Nicht mehr restlos. Denn um es den Polen aufzwingen und gleichzeitig das Risiko eines Krieges mit den Westmächten übernehmen zu können, war die Verständigung mit Sowjetrußland für die Reichsregierung eine bittere Notwendigkeit geworden. Nichts zeigt so deutlich wie die in den Farbbüchern veröffentlichten diplomatischen Dokumente zum Kriegsausbruch, dass Hitler sehr lange gezögert hat, ehe er die Verbindung mit Moskau einging. Die Verbindung mit Warschau gegen Moskau hätte er bestimmt vorgezogen. Die Intransigenz der polnischen Regierung einerseits, die Gefahr einer Allianz zwischen den Westmächten und Rußland andererseits liessen aber der deutschen Aussenpolitik keinen andern Weg mehr offen als den Weg über den Kreml. Nicht Molotow kam nach Berlin oder Berchtesgaden, sondern Ribbentrop flog nach Moskau. Das Gesetz des Handelns entsprang einem Kompromiss, zu dem eine Notlage gezwungen hatte und dessen Modalitäten weitgehend von den Wünschen der russischen Regierung abhängig waren. Unter diesen Voraussetzungen war dann allerdings die Vernichtung und Teilung Polens möglich. Rußland gewann seine ehemalige strategische und maritime Stellung in der Ostsee wieder. Zum erstenmal hatte das Deutsche Reich für die Revision des Versailler Vertrags einen Preis bezahlt, durch den gewisse deutsche Interessen geopfert wurden.

Das will aber keineswegs heissen, dass durch diese Entwicklung das Gesetz des Handelns in die Hände der Feinde Deutschlands übergegangen sei. Diese konnten nicht einmal die Chancen ausnützen, die ihnen der Zweifrontkrieg, in den Deutschland verwickelt war, hätte gewähren können, wenn die Ostfront nicht so rasch zusammengebrochen wäre. Dennoch war die Lage ihnen günstig, da die deutsche Wehrmacht, indem sie

zuerst den schwächeren Gegner angriff, den Aufmarsch der französischen und englischen Armeen an der deutschen Westgrenze nicht störte und daher der Vorteile verlustig ging, die ihr ein möglichst überraschend kommender und mit vollem Einsatz geführter Schlag gegen Frankreich Ende August noch eingetragen hätte. Es wird interessant sein, später zu erfahren, welche Gründe die deutsche Heeresleitung im letzten Herbst veranlasst haben, ein mit den strategischen Grundsätzen und den Schlieffen'schen Gedanken im Widerspruch stehendes Vorgehen zu wählen. Sollte die letzten Endes bloss psychologisch begründete Auffassung den Ausschlag gegeben haben, Frankreich und England würden nach der Niederwerfung Polens die Nutzlosigkeit ihres Beginnens einsehen und unter dem Eindruck der deutschen Siege und des deutsch-russischen Einvernehmens auf der Grundlage der vollendeten Tatsachen mit dem Deutschen Reich wieder Frieden schliessen? Tatsächlich hat ja Hitler nach seinem Sieg über Polen in einer Rede ein Friedensangebot gemacht. Oder sollte die Erwägung ausschlaggebend sein, der Krieg sei in Frankreich unpopulär, das Bündnis mit England sei nur mit halbem Herzen geschlossen und die französischen Militärs müssten ohnehin einsehen, dass eine Forcierung des deutschen Westwalls ein unmögliches Beginnen sei?

Es hat nicht an propagandistischen Bemühungen Deutschlands gefehlt, den Franzosen klar zu machen, dass man mit ihnen keinen Streit habe, dass sie sich nur für England schlugen und daher einer deutsch-französischen Aussöhnung nichts im Wege stehe. Propaganda ist aber nicht Politik, und es ist undenkbar, dass die höchsten deutschen Amtsstellen an den Wunschtraum einer französisch-englischen Entzweiung geglaubt haben. Die Franzosen wissen zu genau, wofür sie kämpfen, was und wen sie bekämpfen, dass es wahrscheinlich um ihre Stellung in Europa und in der Welt geschehen wäre, wenn sie im Kampf um den deutschen Lebensraum neutral bleiben würden, als dass sie das Märchen vom bösen englischen Buben, der sie in ein schlimmes Abenteuer gelockt habe, glauben. Der Franzose, welcher sozialen Schicht er auch angehöre, hat eine feine Witterung für politische Dinge und täuscht sich selten, wenn es um das Interesse seines Vaterlandes geht. Er weiss auch, dass Frankreich nicht abseits stehen kann, wenn die europäische

Staatenwelt einem Zustand allgemeiner Rechtsunsicherheit verfallen ist. Er weiss, dass sein Land nicht die Politik eines neutralen Kleinstaates machen darf, wenn es seine Unabhängigkeit bewahren will.

Als François-Poncet im Herbst 1938 den Berliner Botschafterposten verliess, schrieb er in seinem Schlussbericht, Hitler teile zwar mit den meisten Deutschen den Wunsch, dem jahrhundertalten Streit mit Frankreich ein Ende zu setzen, doch bleibe er seinem Anliegen treu, den franko-englischen Block zu sprengen und den Frieden im Westen zu stabilisieren, um freie Hand im Osten zu haben: „Welche Pläne wälzt er schon in seinem Kopf? Gehen sie auf Kosten Polens, Russlands oder der baltischen Staaten? Weiss er es schon?“ (20. Oktober 1938). Daher erteilte der französische Botschafter im gleichen Bericht dem damaligen Aussenminister Bonnet den Rat, zwar auf den Vorschlag Hitlers, den Abschluss eines deutsch-französischen Abkommens betreffend, einzugehen, da man in einer Lotterie nur gewinnen könne, wenn man mindestens ein Los kaufe; aber man möge gleichzeitig Hitler gegenüber „äusserste Wachsamkeit“ und nur ein „Vertrauen mit Vorbehalt“ walten lassen.

Das Lotterielos war dann das bekannte Pariser Abkommen vom 6. Dezember 1938, das von Bonnet und Ribbentrop unterzeichnet und in dem die deutsch-französische Grenze als endgültig von den vertragschliessenden Parteien anerkannt wurde. Es war aber kein Gewinnlos, denn bei der tschechischen Krise vom März 1939 unterliess es die Reichsregierung, in dieser den europäischen Frieden gefährdenden Frage mit der französischen Regierung in Konsultationen einzutreten — wie es das Abkommen den Partnern zur Vorschrift gemacht hatte. Die Besetzung Prags durch die Deutschen, d. h. die Inbesitznahme der mitteleuropäischen Schlüsselstellung, schuf eine klassische Situation: sie entstand bereits 1620 infolge der Schlacht am Weissen Berge und der Aechtung des „Winterkönigs“ Friedrich durch Kaiser Ferdinand den Katholischen, wiederholte sich dann zweimal gegen das Haus Habsburg — zunächst als 1744 Friedrich der Grosse vorübergehend Prag eroberte, sodann 1866 infolge des Sieges der preussischen Waffen bei Königgrätz —, um endlich 1939 zuungunsten der Tschechoslowakischen Republik von neuem einzutreten. Im 17. Jahrhundert hat das

Frankreich Richelieus mit schwedischer Waffenhilfe und dann durch den Einsatz seiner eigenen Armee Kaiser Ferdinand bekämpft und die beherrschende Stellung des Hauses Oesterreich in Mitteleuropa gebrochen. Im 18. Jahrhundert trat Ludwig XV. nach vorübergehender Waffenhilfe für Friedrich den Grossen an Oesterreichs Seite gegen das mit England verbündete Preussen auf und wurde von seinen Gegnern geschlagen — wodurch die Monarchie der Bourbons ins Herz getroffen wurde. Im 19. Jahrhundert, vier Jahre nach Königgrätz, konnte das militärisch erstarkte Preussen im Bund mit allen andern deutschen Fürsten (Oesterreich natürlich ausgenommen) das isoliert kämpfende Frankreich Napoleons III. bei Sedan schlagen — wobei England neutral blieb. In unserem Jahrhundert, nach der Zertrümmerung der Tschechoslowakei durch das Dritte Reich, sah sich die Dritte Republik vor die Alternative gestellt, entweder in einem Krieg ohne Bundesgenossen ein neues Rossbach oder Sedan zu riskieren, oder unter Verzicht auf eine kriegerische Auseinandersetzung eine Situation hinzunehmen, in der das Deutsche Reich in Europa das Gesetz diktierte. In diesem Augenblick aber — Ende März 1939 — vollzog England die grosse Schwenkung seiner Aussenpolitik, indem es zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichts — das eine unumgängliche Voraussetzung für den Bestand des Britischen Reiches ist — sein Bündnis mit Frankreich aktivierte und gemeinsam mit diesem den Versuch unternahm, eine antideutsche Koalition mit den europäischen Oststaaten einschliesslich Sowjetrussland ins Leben zu rufen.

Die bereits am 27. März 1939 eintretende Spannung zwischen Berlin und Polen verhinderte Deutschland daran, seine Stellung in Böhmen und Mitteleuropa zu konsolidieren und auf lange Sicht auszubauen — und gab gleichzeitig Frankreich Gelegenheit, auf dem Umweg über sein seit 1921 bestehendes Bündnis mit Polen, dem Grossbritannien beitrug, der unbegrenzten Ausbreitung des deutschen Lebensraums Hindernisse in den Weg zu legen. Bereits am 7. Mai konnte der Nachfolger Poncets, Botschafter Coulondre, in einem Bericht aus Berlin die „Intentionen des Führers und seiner hauptsächlichsten Stellvertreter“ auf Grund der Aussagen einer dem Führerkreis nahestehenden Persönlichkeit folgendermassen zusammenfassen:

1. Rückkehr Danzigs zum Reich und Herstellung einer Verbindung Deutschlands mit Ostpreussen. 2. Der Führer weiss, dass inskünftig Frankreich und England nicht nachgeben werden, so dass er wegen dieser starken Gegnerschaft die Frage nicht übers Knie brechen will, sondern so lange manövrieren wird, bis seine Stunde geschlagen hat. 3. Zu diesem Zweck wird sich der Führer mit Russland verständigen, und er wird zum Ziel gelangen, ohne dass die Westmächte „weder irgendeinen Grund noch irgendwelche Absicht zu einer Intervention“ haben werden. Vielleicht wird dann eine vierte Teilung Polens stattfinden. 4. Die zweideutige Haltung Japans hat dazu beigetragen, Hitler nach Russland zu orientieren. 5. Deutschland wird, wenn es einmal die polnische Frage geregelt und seine militärische Vormacht endgültig gesichert hat, zu einer Konferenz kommen. — Soweit der Bericht Coulondres.

Es ist gut, sich diese Vorgänge, die zwar nur ein Jahr zurückliegen, von denen uns aber schon grosse Ereignisse trennen, in Erinnerung zu rufen. Sie mahnen unsern Verstand, jener permanenten Grundtendenzen der politischen Geschichte Europas eingedenk zu sein, die zwar durch Diskussionen über Fragen des politischen Regimes und Kämpfe zwischen gegensätzlichen Ideologien zeitweise überdeckt werden können, aber im Geschehen der letzten Jahrhunderte und für gute Augen auch in der Jetztzeit immer wieder sichtbar werden. Wir dürfen uns nicht vom Tagesgeschehen verwirren lassen, wie sehr es auch unsere Gedanken in Fesseln schlagen und unser Herz beängstigen möge. Heute ist das Thema der Auseinandersetzung zwischen Deutschland und den Westmächten das gleiche wie 1914: wird Deutschland dank seiner militärischen Suprematie und seiner aus Mitteleuropa genährten Wirtschaftsmacht in Europa das Gesetz des Handelns vorschreiben, oder werden die Westmächte das europäische Gleichgewicht aufrechterhalten, bzw. wiederherstellen können? Mag der Krieg auch unerwartete Erscheinungsformen zeitigen: an der politischen Problemstellung ändert das nichts.

Gewiss: zwischen Deutschland und Frankreich gibt es seit der Rückkehr Elsass-Lothringens zum Mutterland keinen Grenzstreit mehr; die deutschen Armeen haben diesmal keinen Einfall in Frankreich versucht — wie 1870 und 1914; die Taktik der

deutschen Kriegführung ist auf der Idee der Niederzwingung Englands aufgebaut: wenn diese gelingt, ist Frankreich ohnehin in höchster Gefahr, während eine mit viel Materialverbrauch und Menschenverlusten erkaufte Bezwingung der Maginotlinie noch nicht bedeuten würde, dass das Britische Reich ins Herz getroffen sei. Und solange dies nicht der Fall ist, braucht auch Frankreich die Hoffnung nicht zu verlieren. Zur Zeit Napoleons I. brauchten auch Oesterreich, Preussen und Russland den Mut nicht sinken zu lassen, als nach ihren schrecklichen Niederlagen in Austerlitz, Jena und Friedland das alte England mit britischer Zähigkeit den Widerstand aufrechterhielt. In seiner Biographie Napoleons hat Bainville ein Kapitel überschrieben: „Austerlitz — aber Trafalgar.“ Das Lager von Boulogne und mit ihm die Landungspläne in England mussten von Napoleon aufgegeben werden, nachdem Nelson — um den Preis seines eigenen Lebens — die französische Flotte vernichtet hatte. Der nochmalige Sieg über Oesterreich bei Wagram und der Einzug der Grande Armée in Moskau änderten an dieser Lage nichts. Ein bekannter amerikanischer Marineschriftsteller, Admiral Mahan, hat ein Buch über den „Einfluss der Seemacht auf die Geschichte“ geschrieben, dessen Lektüre von Kaiser Wilhelm II. den deutschen Marineoffizieren warm empfohlen wurde. Dieser zog ausserdem daraus das politische Axiom: „Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser.“ Dieses Axiom war zweifellos richtig gedacht und der deutsche Flottenbau vor 1914 politisch gerechtfertigt — es scheiterte einzig am mangelnden Kriegsglück des letzten Hohenzollernkaisers.

Heute hat Deutschland von seinem machtpolitischen Standpunkt aus vollkommen recht, wenn es England als seinen Hauptgegner bezeichnet. Aber auch Frankreich hat recht, wenn es überzeugt ist, dass es nicht für britische Interessen kämpft, sondern dass seine eigene Stellung in Europa, sein Kolonialreich, sein politisches und soziales Regime gebrochen würden, wenn Englands Schiedsrichterrolle auf dem Kontinent ausgespielt wäre. Zwar hatte Frankreich in der Vergangenheit, auch in der jüngsten, schon mehrmals selbst unter dem britischen Schiedsrichter zu leiden gehabt, wenn er gegen die französischen Nationalinteressen seinen Spruch fällte — im Siebenjährigen Krieg, zur Zeit Napoleons, im deutsch-französischen

Krieg 1870, in der Zeit zwischen 1919 und 1939 —, aber heute wie 1914 genießt es seine mächtige Unterstützung. Und da heute die britische Position gefährdeter ist als vor einem Vierteljahrhundert, muss England mit einem ungleich grösseren Einsatz eigener militärischer, maritimer, wirtschaftlicher, geistiger Kräfte auftreten als damals und kann Frankreich, das Englands Flanke auf dem Kontinent durch seine Befestigungen und seine Armee schützt, von seinem britischen Bundesgenossen auch mehr verlangen. Das kommt deutlich in dem jüngst — am 28. März 1940 — gefassten Beschluss des Obersten Kriegsrates der Alliierten zum Ausdruck, der in drei Punkte zusammengefasst lautet: 1. Die Verbündeten werden keinen Separatfrieden schliessen. 2. Sie werden erst in Friedensdiskussionen eintreten, wenn zwischen ihnen ein „vollständiges Einvernehmen erreicht ist hinsichtlich der notwendigen Voraussetzungen, die beiden Regierungen eine wirksame und dauernde Garantie ihrer eigenen Sicherheit gewährleisten“. 3. Ihre Aktionsgemeinschaft wird auch nach Schluss des Krieges andauern, um „zusammen mit anderen Nationen den Wiederaufbau durchzuführen.“

Der französische Ministerpräsident, der für diesen Beschluss verantwortlich ist, heisst nicht mehr Daladier — der acht Tage vorher zurückgetreten war —, sondern Reynaud. Damit ist zum erstenmal einer der vier Unterzeichner des Münchner Abkommens als Regierungschef von der Bühne abgetreten und ist in Frankreich die vom Senat verlangte „Kriegführung mit wachsender Energie“ zunächst durch einen Wechsel im politischen Personal zum Ausdruck gekommen. Reynaud gehörte im September 1938 zu den Kabinettsmitgliedern, die während der Sudetenkrise in einem gewissen Gegensatz zu der Kompromisspolitik Daladiers und Bonnets standen. Innenpolitisch hat er die scheinbar paradoxe Leistung vollbracht, durch eine klassische Finanz- und Wirtschaftspolitik die Schäden zu reparieren, die der Front populaire verursacht hatte, gleichzeitig aber das Vertrauen der Sozialisten zu gewinnen, die nun wieder in der französischen Regierung vertreten sind.

Der Osten

Nur von diesem Hauptthema aus gesehen, im Vergleich zu dem alles andere Nebenfragen sind, kann die teilweise verworrene Geschichte der Gegenwart verstanden werden. Doch war

unter diesen Nebenfragen diejenige der Unterstützung Frankreichs durch eine östliche oder nördliche Grossmacht stets die wichtigste. Im Kampf gegen das übermächtige Haus Habsburg stützten sich die französischen Könige seit dem 16. Jahrhundert auf die Türken, im 17. Jahrhundert auf die Schweden, im 18. und 19. Jahrhundert auf die Russen. Der Abfall des Zaren von seinem Bündnis mit Ludwig XV. ermöglichte es Friedrich dem Grossen, sich aus der schweren Bedrängnis des Siebenjährigen Krieges zu befreien; der Abfall Alexanders I. von Napoleon gab das Zeichen zur Erhebung Europas gegen das französische Kaiserreich; der Abfall Lenins vom Bündnis mit den Westmächten kam zu spät, um das Deutschland Wilhelms II. noch retten zu können.

Im heutigen Krieg ist die Lage ähnlich — und doch anders. Stalin hatte im Sommer 1939 von den Westmächten den Preis, den er für sein Bündnis mit ihnen verlangte, nicht erhalten, da diese auf Grund ihrer gesamten, den status quo in Europa und die Unabhängigkeit der kleinen Nationen befürwortenden Politik nicht wohl die baltischen Staaten an die Sowjetunion verkaufen konnten. Sie nahmen aber das Risiko einer Annäherung zwischen Berlin und Moskau auf sich — doch als das Geschäft zwischen Ribbentrop und Molotow abgeschlossen war, verzichteten sie dennoch nicht auf den Widerstand gegen die Aussenpolitik Hitlers. Sie konnten es sich nicht mehr leisten, Polen im Stich zu lassen und einem neuen München zuzustimmen. Ihre eigene öffentliche Meinung hätte es nicht zugelassen und die übrige Welt hätte es als eine Kapitulation ohne Schwertstreich aufgefasst. Stalin wusste das und stürzte das übrige Europa in den Krieg.

Es ist jedoch bezeichnend, dass die Machthaber des Kreml das Abkommen mit Berlin nie als Bündnis ausgelegt, sondern stets an dem Standpunkt festgehalten haben, die Sowjetunion beobachte im gegenwärtigen Konflikt eine Politik der „Neutralität“. Der Missbrauch dieses völkerrechtlichen Begriffs ist in diesem Fall offenbar. Er soll wohl bedeuten, dass Russland mit niemandem eine dauernde Bindung eingegangen sei, sondern eine abwartende, auf weite Sicht eingestellte Politik treibe.

So machiavellistisch und ruchlos diese Politik auch sein mag — sie dispensiert uns nicht von der Pflicht, ihre Bedeutung

möglichst vorurteilslos und kritisch zu untersuchen. Gefühls-
mässig war jedermann empört über den Angriff der russischen
Uebermacht auf Finnland und bestürzt, als dieses nach 3 Mo-
naten heldenhafter Gegenwehr die Waffen strecken musste.
Rückblickend aber sagt uns der Verstand, dass im jetzigen
Ringens der finnisch-russische Krieg und der Frieden von Mos-
kau, der ihm am 13. März 1940 ein Ende setzte, eine Episode
war. Und sogar eine Episode, die den Krieg zwischen Deutsch-
land und den Westmächten nur indirekt tangierte: Weder stand
Deutschland aktiv an der Seite Russlands bei der Bezwingung
des tapferen nordischen Volkes, noch führten diese Ereignisse
zu einem Konflikt zwischen den Westmächten und der Sowjet-
union. Seine Lokalisierung war umso vollständiger, als Deutsch-
land den skandinavischen Königreichen eine offizielle Partei-
nahme für die Finnen untersagte und die Skandinavier den West-
mächten den Durchzug einer Expeditionsarmee verwehrten, als
England und Frankreich in letzter Stunde den Finnen ihre Hilfe
anboten. Die Reichsregierung scheint ausserdem dahin gewirkt
zu haben, dass dieser Krieg rascher abgebrochen wurde als
man erwartet hatte, indem sie den Finnen Nachgiebigkeit, den
Russen Mässigung nahelegte. Finnland hat zwar empfindlichen
Gebietsverlusten zustimmen müssen, doch wurde ihm seine volle
Souveränität gelassen, indem ihm weder eine Aenderung seines
politischen und sozialen Regimes, noch eine Beschränkung sei-
ner Wehrfreiheit, noch eine aussenpolitische Bindung an die
Sowjetunion aufgezwungen wurde. Die russische Marine nahm
wieder den Flottenstützpunkt Hangö in ihren Besitz — wo sie
zunächst für die Beseitigung des Denkmals für das deutsche Ex-
peditionskorps des Generals von der Goltz sorgte, der im April
1918 den Finnen zu Hilfe gekommen und gemeinsam mit Man-
nerheim die Bolschewiki aufs Haupt geschlagen hatte. Stalin
hatte damit das — vielleicht nur vorläufige — Ziel erreicht, für
das er letzten Sommer vergeblich die Westmächte zu inter-
essierten versuchte und das ihm dann durch das Abkommen mit
Ribbentrop zugestanden wurde. Von den Karpathenkämmen bis
zum finnischen Meerbusen hat die Sowjetunion ihre strategi-
schen Grenzen ausdehnen und festigen können. Das „Giornale
d'Italia“ kommentierte den Frieden von Moskau mit der trocke-
nen Bemerkung, Russland beherrsche nun wieder die Ostsee. —

ess.

Rib 10

71

Natürlich sind dabei nicht die Westmächte die Leidtragenden.

Es wäre eine unverzeihliche Leichtfertigkeit, wenn man Sowjetrußland als Machtfaktor im jetzigen Krieg unterschätzen würde. Zwar sind die Fragen der realen Stärke des russischen Reiches und die Probleme seiner Aussenpolitik noch unabgeklärt. Doch halten wir es nicht für ausgeschlossen, dass Moskau im Verlauf dieses Krieges noch eine bedeutende Rolle spielen könnte.

Es kann Stalin nur willkommen sein, wenn sich die „kapitalistischen“ Grossmächte untereinander zanken, ihre physischen, moralischen und wirtschaftlichen Ressourcen aufbrauchen und dergestalt dem bolschewistischen Rußland zwei Angriffsflächen bieten: auf der inneren Front, wo Not und Elend zu Revolutionen führen können, auf der äusseren Front, wo ihre Kampfkraft sich in einem langen Krieg erschöpfen wird. Wenn diese Erscheinungen eintreten sollten, wäre es immer noch Zeit für eine kräftige Intervention der Sowjets, sowohl mit revolutionären als auch mit militärischen Waffen. Das mag eine Hypothese sein — aber erinnern wir uns des erstaunlichen Gesprächs, das am Vorabend des Krieges der französische Botschafter Coulondre mit Hitler gehabt hat und in dem der Passus auffallen muss: „Ich fügte hinzu“, schreibt Coulondre in seinem Bericht, „dass wenn das französische und das deutsche Blut fliessen sollte, nicht nur diese Blutsteuer bezahlt werden müsste, so schwer sie auch sein möge; die Verwüstungen eines zweifellos langen Krieges würden ein entsetzliches Elend nach sich ziehen. Wenn ich nun tatsächlich glaube, sagte ich, dass wir siegreich sein werden, hätte ich doch auch die Furcht, dass am Ende eines Krieges ein einziger wirklicher Sieger vorhanden sein werde — nämlich Trotzky. Der Kanzler rief aus, mich unterbrechend: ‚Warum haben Sie dann Polen einen Blankoscheck ausgestellt?‘“ (Gelbbuch, Bericht Coulondres vom 25. August 1939.)

Der Franzose sagt „Trotzky“, am Tag und in der gleichen Unterredung, da Hitler ihn über seinen Paktabschluss mit Stalin unterrichtet. Das ändert nichts an der Sorge, die sowohl Franzosen wie Deutsche vor der revolutionären Gefahr im gegenwärtigen Krieg empfinden müssen. In Frankreich setzte seit Kriegsausbruch ein Kampf gegen den Kommunismus ein, der

vorerst im „Verrat Russlands“, wie Reynaud sich ausdrückte, begründet liegt. Das Verhältnis der Französischen Republik zur Sowjetunion wurde so stark getrübt, dass der Kreml auf Verlangen der Pariser Regierung am 27. März 1940 seinen Botschafter abberufen musste. Es fehlte nicht an einer starken Strömung in Frankreich, die einen völligen Bruch mit Russland befürwortete.

Wie liegen aber die Dinge realpolitisch? Zwei Tage nach der Abberufung seines Botschafters aus Paris hielt Molotow eine Rede, die in Berlin peinliches Aufsehen erregt hat: 1. durch ihre wiederholte Versicherung, die Sowjetunion halte an ihrer Neutralität fest, 2. durch die Erwähnung der russischen Ansprüche auf Bessarabien, deren Verwirklichung im jetzigen Zeitpunkt die ungestörte Beförderung des rumänischen Petrols nach Deutschland nur stören könnte. Churchill antwortete tags darauf in einer Radioansprache: „Es liegt nicht in unserer Politik, nach Krieg mit Russland zu trachten“. Seither machte der Sowjetbotschafter in London, Maisky, Anregungen betreffend Wiederaufnahme von Wirtschaftsverhandlungen zwischen England und Russland — und ereignete sich der Theatercoup der deutschen Landung in Norwegen.

Es ist fast unmöglich, die eigentliche Bedeutung der russischen Politik heute schon zu erfassen.

Man müsste nämlich wissen, wie das Kräfteverhältnis zwischen Deutschland und Russland sich seit dem Moskauer Frieden entwickelt hat. Während der Bedrängnis, in der sich Russland drei Monate lang an der finnischen Front befand, nahm der deutsche Einfluss im Baltikum und auf dem Balkan wieder zu. Seitdem aber der Krieg in Finnland zugunsten der Sowjets entschieden wurde, haben diese in Südosteuropa wieder an Einfluss gewonnen — wie die jüngst erfolgte de facto Anerkennung der Moskauer Regierung durch Jugoslawien beweist. Der Vorstoss Deutschlands in Skandinavien, wenn er gelingt, kommt umgekehrt einer Abriegelung Russlands gegen Westen gleich. Unter dem Deckmantel des deutsch-russischen Einvernehmens spielt sich zweifellos ein Wettlauf der beiden Mächte um Einflusszonen, Lebensräume und strategische Positionen ab.

Das darf nicht zur Illusion verleiten, die neuen russischen Stellungen würden den Westmächten in ihrem Kampf gegen

Russland einmal Nutzen bringen. Das kann zwar sein, es muss es aber nicht. Auf all diesen Positionen hat Russland — unter Voraussetzung seiner Aktionsfreiheit — die Möglichkeiten, ein Spiel mit Deutschland gegen England oder mit England gegen Deutschland zu spielen. Aber gerade das zeigt, welche Bedeutung der russische Faktor für den Fortgang des Krieges noch erlangen kann. Wobei nicht zu vergessen ist, dass ebensogut die ostasiatischen Interessen Russlands und speziell sein Verhältnis zu Japan eines Tages die Entscheidung über die aussenpolitische Stellungnahme des Kreml herbeiführen könnte, so dass seine Ostsee- und Balkaninteressen sich den wichtigeren ostasiatischen und pazifischen Interessen unterzuordnen hätten.

Zwischenspiel

Es ist die Eigentümlichkeit dieses Krieges gewesen, dass er während den sieben ersten Monaten keine grösseren Kampfhandlungen zwischen den Westmächten und Deutschland gebracht hat. England und Frankreich beschäftigten sich damit, die Blockade gegen Deutschland möglichst lückenlos auszubauen, die Ausfuhr von deutschen Waren auf dem Seeweg selbst nach neutralen Häfen zu sperren — was Anfang März 1940 Anlass zu einem englisch-italienischen Zwischenfall wegen deutscher Kohlenlieferungen gab —, und in der ganzen Welt zu versuchen, die Belieferung Deutschlands mit kriegswichtigen Rohstoffen und Agrarprodukten zu verhindern. Denn zum Kriegführen gehört heute nicht nur Gold, sondern auch Eisenerz und Petrol, und so ist es nicht verwunderlich, dass es zu den wichtigsten Anliegen der Seemächte gehörte, auch auf dem Kontinent dafür zu sorgen, Deutschlands Versorgung mit skandinavischen Erzen, rumänischem und russischem Petrol zu erschweren.

Seinerseits musste Deutschland seine Versorgung mit allen Mitteln sicherzustellen versuchen. Dazu kam, dass für den Landkrieg kein geeignetes Schlachtfeld vorhanden war. Die Westmächte standen einem militärisch unangreifbaren, unverwundbaren Feind gegenüber. Deutschland konnte weder England noch Frankreich beikommen. Die Suche nach einem Kriegstheater hat den ganzen Winter über zu Vermutungen und Gerüchten Anlass gegeben. Im November gab es Alarm wegen Holland und Belgien. Im Februar hätte eine Intervention der Westmächte zugunsten Finnlands Skandinavien in den Krieg

der Grossmächte verwickelt, wenn Norwegen und Schweden ihnen den Durchzug gestattet hätten. Vor dem Balkan stand Italien Wache. Man sprach im Zusammenhang mit dem Bündnis zwischen den Westmächten und der Türkei und den auffallenden militärischen Vorkehrungen Frankreichs und Englands in Vorderasien von möglichen Kriegshandlungen im Kaukasus- und Schwarzmeergebiet. Das hätte vorausgesetzt: 1. einen gemeinsam von Russland und Deutschland geführten Krieg gegen die Westmächte, 2. eine militärische Unterstützung der Westmächte durch die Türkei in einem Krieg gegen Russland. Allein nichts deutete auf die Absicht Russlands, an der Seite Deutschlands in den Krieg zu treten, und das Bündnis der Türkei mit den Westmächten spielt bekanntlich nicht gegen die Sowjetunion — wie das Zusatzprotokoll zum Bündnisvertrag vom 19. Oktober 1939 ausdrücklich feststellt. — Die Armee des Generals Weygand in Syrien war zweifellos nie dazu bestimmt, offensiv gegen Russland vorzugehen. Ihr Daseinszweck ist offensichtlich ein anderer. Die anglofranzösischen Balkaninteressen, die sich vermutlich mit den türkischen decken, beschränkten sich daher auf das bekannte Garantieverprechen, das Rumänien und Griechenland schon vor Kriegsausbruch von London und Paris erhalten hatten. Dieses Garantieverprechen hatte aber damals keine antirussische Spitze und dürfte sie auch heute nicht haben.

Vor dieser völligen Lähmung der militärischen Operationen kam es im März, gleich nach Abschluss des Moskauer Friedensvertrages, zu einer Lage, die für eine grosse Friedensoffensive geeignet schien. Um Ostern schwirrte ein Friedensplan durch die Welt, nach dessen Nam' und Art man zwar nicht fragen durfte, sozusagen ein illegitimer Friedensplan, dessen ganzer Aufbau jedoch den deutschen Auffassungen von einem gerechten Frieden besser als den westmächtlichen entsprach, da er im grossen und ganzen die vollendeten Tatsachen als Grundlage anerkannte, ferner allerdings den Polen und Tschechen eine Unabhängigkeit mit Vorbehalten in Aussicht stellte, endlich aus Mitteleuropa, einem Teil des Balkans und Italien ein Wirtschaftsgebiet in Zollunion mit dem Deutschen Reich machte.

Dieser Plan mag apokryph gewesen sein, was nicht ausschliesst, dass er einem Versuch gedient haben könnte, die

Stimmung zu erforschen. Da er ausserdem zeitlich zusammenfiel mit der Informationsreise des amerikanischen Unterstaatssekretärs Sumner Welles in den europäischen Hauptstädten und den Wünschen des Heiligen Stuhls betreffend die katholischen Völker Böhmens und Polens entgegenkam, spiegelt er irgendwie die um Ostern herrschende Stimmung in Europa wieder. — Die Reaktion auf diese Gerüchte und Stimmungen liess nicht lange auf sich warten: die italienische Presse bezeichnete es als lächerlich, wenn man Mussolini als Friedensvermittler à tout prix hinstellen wolle, Präsident Roosevelt liess sich mit einer kategorischen Kundgebung hören, die einen auf moralischen Grundsätzen aufgebauten Frieden forderte, Premierminister Chamberlain kündigte eine Intensivierung des Krieges an, die auch vom französischen Parlament in diesbezüglichen Tagesordnungen verlangt wurde. Papst Pius XII. hat seinerseits nie an seinem edlen Friedensprogramm von vergangener Weihnacht etwas geändert, in dem ein Satz steht, der allen Bürgern kleiner Staaten zu Herzen gehen muss: „Der Lebenswille eines Volkes darf niemals gleichbedeutend sein mit dem Todesurteil über ein anderes Volk.“

Einen grossen Einfluss auf das plötzliche und lautlose Zusammenbrechen sowohl der Sondierungen über Friedensmöglichkeiten als auch der deutschen Pläne zur Aufrichtung einer den europäischen Südosten garantierenden Trias Berlin-Moskau-Rom dürfte die Begegnung zwischen Hitler und Mussolini auf dem Brenner gehabt haben (18. März 1940). Man weiss nicht, was zwischen den beiden Diktatoren gesprochen wurde. Man kann nur auf gewisse Erscheinungen aufmerksam machen, die vielleicht in ursächlichem Zusammenhang mit diesem Gespräch stehen. Einmal war es auffallend, dass nach seiner Rückkehr vom Brenner Mussolini Mr. Sumner Welles nicht mehr persönlich empfing, obschon der Sendbote Roosevelts die Abfahrt seines Schiffes bis nach der Diktatorenzusammenkunft aufschieben liess. Sodann ist die Haltung Moskaus gegenüber Berlin deutlich distanzierter geworden, seitdem Hitler und Ribbentrop ihre Freundschaft mit Rom wieder in den Vordergrund stellen. Ferner hat Italien den Vorstoss Deutschlands in Dänemark und Norwegen publizistisch lebhaft gebilligt und unterstützt. Endlich hat der Ton zwischen Italien und den Westmächten wieder

eine Schärfe und Unfreundlichkeit angenommen, die von neuem zu ernststen Besorgnissen um die Erhaltung des Friedens im Mittelmeer Anlass gaben.

Da eine Beilegung des europäischen Krieges nicht mehr möglich war, hat seine Ausbreitung auf andere Länder begonnen.

Der nordische Krieg

Am 4. April wurden im Zuge einer Umbildung des britischen Kabinetts die Kompetenzen des Ersten Seelords Winston Churchill derart erweitert, dass faktisch die Leitung der gesamten englischen Kriegführung in seinen erfahrenen Händen liegt. Am 8. April in der Morgenfrühe legten die Alliierten Minenfelder an drei Stellen der norwegischen Küste, um die ständige Benützung der norwegischen Territorialgewässer durch die Deutschen zu stören und namentlich den Transport des schwedischen Erzes durch diesen „Korridor“ zu unterbinden. Am 9. April, um 5 Uhr früh, überreichte der deutsche Gesandte in Oslo dem norwegischen Aussenminister Koht ein Schriftstück, in dem das Deutsche Reich die Unterwerfung Norwegens unter seinen Schutz verlangte. In der Nacht aber waren deutsche Schiffe schon in die Fjorde von Oslo, Bergen, Trontheim und Narwik eingefahren, die in diesen Städten Truppen an Land setzten. Inzwischen war Dänemark von einem deutschen Okkupationskorps überumpelt worden. Um 8 Uhr morgens war Kopenhagen von den Deutschen besetzt und unterwarf sich die dänische Regierung der Schutzhaft, der sie samt dem ganzen kleinen Königreich verfallen war.

Zweifellos hat dieses Vorgehen wie keine andere bisherige Wendung des Krieges in der Welt peinlichstes Aufsehen erregt. Die Reichsregierung rechtfertigte es mit verschiedenen Argumenten; einerseits sei es eine Antwort auf die Verletzung der norwegischen Territorialgewässer durch die eigenmächtige Minenlegung durch die Alliierten gewesen; andererseits sei die deutsche Wehrmacht lediglich einem Interventionsversuch der Westmächte in Skandinavien zuvorgekommen. Die übrige Welt hat diesen Ueberfall so ausgelegt, dass in diesem Krieg offenbar nur noch Gesichtspunkte militärischer Art den Ausschlag geben und weder völkerrechtliche noch allgemein menschliche Hemmungen mehr existieren. Alle nicht kriegführenden Staaten

Europas haben schleunigst Vorkehrungen getroffen, um für eventuelle Ueberfälle gerüstet zu sein.

Nach der ersten Ueberraschung über den deutschen Blitzkriegsversuch in Norwegen gab es für die Eindringlinge selbst zwei Ueberraschungen, die ihr Konzept störten: den improvisierten Widerstand der norwegischen Regierung und ihrer schwachen und schlecht ausgerüsteten Streitkräfte einerseits, den äusserst heftig und rasch geführten Gegenschlag der Engländer andererseits. Diese haben nicht nur durch den Einsatz von See- und Luftstreitkräften der deutschen Kriegsflotte Verluste beigebracht, die mit ihren bisherigen Verlusten zusammengerechnet mindestens die Hälfte der ohnehin nicht mächtigen deutschen Flotte ausmachen dürften, sie haben auch ihrerseits an drei Stellen der norwegischen Küste englische, französische und polnische Expeditionstruppen an Land setzen können. Die Benutzung des Hafens von Narwik und der norwegischen Westküste für deutsche Transporte wurde von den Engländern in kürzester Zeit unterbunden. Selbst die Torpedierung englischer Truppentransporte und Handelsschiffe durch deutsche U-Boote blieb in jener Zeit völlig aus. Im Augenblick wo wir schreiben hat es den Anschein, als ob das unglückliche Norwegen noch längere Zeit den Kriegsschauplatz für die Streitkräfte der Grossmächte liefern sollte. Es ist bei der auf lange Sicht angelegten britischen Kriegführung nicht wahrscheinlich, dass die Alliierten ein Interesse daran haben, in Südnorwegen gegen die feindliche Uebermacht einen Grosskrieg zu führen. In London wurde der Schachzug Hitlers mit Napoleons spanischem Feldzug verglichen. In diesem Fall wären die Operationen des alliierten Hilfskorps mit dem Kleinkrieg zu vergleichen, den Wellington damals von Portugal aus führte.

Als ein Ziel des deutschen Unternehmens muss die Abriegelung sämtlicher skandinavischen und Ostseestaaten nach Westen und deren wirtschaftliche Nutzbarmachung für die Zwecke der deutschen Kriegführung und Landesversorgung angesehen werden. Ein anderes Ziel ist die Benützung Jütlands und der norwegischen Westküste als Unterseeboots- und Flugbasis, was die Bekämpfung der britischen Blockade und direkte Angriffe auf die englische Küste erleichtern würde. Nichts zeigt so deutlich wie diese Operationen, dass Deutschland vor allen

Dingen an der Vernichtung der britischen Seeherrschaft gelegen ist. Die Militär- und Marinesachverständigen bezeichnen aber dieses Unternehmen in Norwegen als kühn und gewagt. Die Unterlegenheit der deutschen Seestreitkräfte gestaltet die Behauptung der ausgedehnten norwegischen Küste und die Aufrechterhaltung der Verbindung mit den Heimathäfen recht schwierig. Die Einschliessung Narwiks durch die Engländer zeigt ausserdem, dass ein Verkehr mit Nordnorwegen und ein regelmässiger Nachschub aus deutschen Häfen nach den entfernteren Punkten der skandinavischen Westküste von vornherein unmöglich war.

Für die Alliierten, die sich überraschen liessen, ist es eine kaum realisierbare Aufgabe, den Deutschen ihre Positionen zu entreissen. Aber sie können endlich im Norden die Blockade gegen Deutschland zur Wirkung bringen, den „verdammten Korridor“, wie Churchill sagte, verriegeln und versuchen, die Blockade immer näher an das Gebiet von Skagerrak und Kattegat heranzutragen. Bei einem Gelingen der deutschen Okkupation Norwegens wären allerdings die Ostseestaaten samt Schweden ihrerseits Opfer der britischen Blockade und könnten für die Dauer des Krieges auf keine Wareneinfuhr aus dem Westen mehr hoffen. Für die deutsche Kriegswirtschaft würden die Vorräte und Produkte der kleinen Nord- und Oststaaten kaum sehr lange ausreichen — ausser dem schwedischen Erz, das nun allerdings auf schwierigeren Wegen nach Deutschland transportiert werden muss. Wenn z. B. die dänische Landwirtschaft momentan die Ernährungslage Deutschlands um ein wenig erleichtern dürfte, so ist andererseits bekannt, dass ohne die Zufuhr von überseeischen Futtermitteln die Agrarprodukte Dänemarks nicht lange vorhalten werden. Die dänischen Bauern werden bald — wie es die österreichischen bereits tun — ihr Vieh schlachten müssen.

Somit kann selbst ein deutscher Erfolg in Skandinavien die Lage des Reichs nicht auf längere Zeit verbessern, wenn nicht Grossbritannien entscheidend aufs Haupt geschlagen wird. Wie dies aber bewerkstelligt werden soll, wo die deutsche Seemacht für die englische Flotte kaum mehr gefährlicher sein dürfte als die Flotte Napoleons nach der Schlacht von Trafalgar, ist schwer ersichtlich. Denn dass man mit der Luftwaffe

ein Inselreich und seine überseeischen Dominions und Besitzungen in die Knie zwingen kann, bleibt zu beweisen. Der Schlag gegen Norwegen traf aber mit der Erlaubnis zusammen, die die Regierung der Vereinigten Staaten der in Washington befindlichen anglo-französischen Mission zum Ankauf von 2000 Flugzeugen modernster Bauart erteilt hat.

Ausblick

In die Zukunft schauen, heisst heute, Kampf und Not vor sich haben. Ob und wo der Krieg sich weiter ausbreiten wird, kann niemand sagen. Die vorurteilslose und mythenfreie Betrachtung der Gegenwart ist gerade schwer genug, um nicht dazu noch das Prophezeien zu versuchen.

Wenn jedoch zur Entwicklungstendenz des heutigen Grosskampfes auf Grund bereits vorliegender Anhaltspunkte etwas gesagt werden kann, dann möge es andeutungsweise in folgenden Schlussbemerkungen erwähnt sein:

Britische Blockade und deutsche Gegenmassnahmen aller Art haben die Nordsee, ihre Küsten und Stützpunkte zum Schlachtfeld gemacht, auf dem das Ringen um die — in der Geschichte der Gegenwart wie der Vergangenheit ausschlaggebende — Herrschaft über die Meere stattfindet. Dieser Kampf liess bereits mehrmals für die Sicherheit Hollands fürchten, wo kurz nach dem deutschen Ueberfall auf Skandinavien der Belagerungszustand verhängt wurde. Nun war es sehr bezeichnend für den Zustand der Lüsternheit, in den gewisse Mächte durch den Ausbruch des Krieges versetzt worden sind, dass Japan bereits die Frage aufwarf, was mit Niederländisch Indien zu geschehen habe, wenn das Mutterland in den europäischen Krieg verwickelt werden sollte. Die Replik aus Washington, wo man offenbar japanische Pläne zur Besetzung Niederländisch Indiens zu wittern schien, kam prompt. Staatssekretär Hull betonte den Wert, den Amerika auf die Erhaltung des status quo im Pazifik legt, und Admiral Taussig machte den Vorschlag, die Vereinigten Staaten möchten Schritte unternehmen, um zum Schutz der Philippinen die Unterstützung Englands, Frankreichs und der Niederlande und namentlich das Recht für die amerikanische Marine zu erlangen, die Flottenbasen dieser Mächte mitzubeneützen. Was sollen wir aus dem Zwischenfall schlies-

sen? Dass die pazifische Frage und im allgemeinen die Probleme Ostasiens weiter ein Herd der Unruhe sind und vor allem, dass es einen Punkt auf der Erde gibt, wo die Vereinigten Staaten England und Frankreich nötig haben. Das ist nicht unwichtig, wenn man bedenkt, dass Frankreich und England ihrerseits in Europa die Hilfe der Vereinigten Staaten vielleicht sehr nötig haben könnten. Merkwürdig dabei ist die — vorläufig rein theoretische — Perspektive, dass eine Einbeziehung des kleinen Niederländischen Königreichs in den europäischen Konflikt die Vereinigten Staaten auf den Plan rufen könnte — aber zunächst wegen der Interessen, die diese in Ostasien besitzen. Die englische Diplomatie wird nicht verfehlen, bereits jetzt den ihr zufallenden Nutzen aus der Verschärfung des japanisch-amerikanischen Verhältnisses zu ziehen.

Im europäischen Südosten ist infolge der Verlagerung des nordischen Kriegsschauplatzes in der zweiten Hälfte April eine Veränderung eingetreten. Solange nämlich Russland in Polen, im Baltikum und besonders in Finnland beschäftigt war, musste es das Feld im Donau-Balkanraum den Achsenmächten überlassen. Jetzt, wo sich die Sowjetunion aus dem schweren finnischen Krieg degagiert hat und Deutschland in Skandinavien für eine mehr oder weniger lange Zeit engagiert ist, kann Moskau seinen diplomatischen Einfluss auf dem Balkan voll entwickeln. Die Balkanstaaten ihrerseits hatten infolge des deutschen Vorgehens in Dänemark und Norwegen nichts Eiligeres zu tun, als ihre Innen- und Aussenpolitik möglichst zu verselbständigen. Bei dem kürzlichen Alarm in Jugoslawien wurde bekanntlich der frühere Ministerpräsident Stojadinowitsch verhaftet, der von 1935 bis Anfang 1939 den antidemokratischen, romfreundlichen und der Achse genehmen Kurs gesteuert ist. Massenverhaftungen von nazifreundlichen Personen und die Ausweisung von tausenden von deutschen Touristen begleiteten diese demonstrative Massnahme. Schlag auf Schlag folgte dann die Aufnahme der Beziehungen Belgrads zur Sowjetunion und die Entsendung einer jugoslawischen Wirtschaftsmission nach Moskau. Wie man vernimmt, wurde diese Wiederanknüpfung mit dem von Jugoslawien bis anhin boykottierten Sowjetreich anfänglich von London in die Wege geleitet und dann von Ankara bis zum glücklichen Abschluss gebracht. Gleichzeitig gehen

die ohnehin guten Beziehungen zwischen Bulgarien und Russland weiter — denn man muss verstehen, dass für die slawischen Völker des Balkans Russland nie aufgehört hat, gefühlsmässig die grosse slawische Mutternation zu sein. Schwieriger ist das Verhältnis zwischen Rumänien und Russland zu bereinigen. Die drohende Erwähnung Bessarabiens durch Molotow ist nicht vergessen, doch soll der Kreml beruhigende Zusicherungen in Bukarest gemacht haben. Die Türkei, die trotz ihrem Bündnis mit den Westmächten ihre traditionellen guten Beziehungen mit Russland aufrechtzuerhalten versuchte, ist die natürliche Mittlerin zwischen den Balkanstaaten — denen sie als Mitglied der Balkan-Entente eng verbunden ist — und Sowjetrussland. Dieses soll übrigens augenblicklich keine Expansionsabsichten auf dem Balkan haben, so dass die Verselbständigung der Balkanpolitik — d. h. hauptsächlich ihre Befreiung von der politischen Einflussnahme Deutschlands und Italiens — nicht unvereinbar ist mit einem guten Einvernehmen mit Russland. Da die Interessen Russlands mit denen Deutschlands und Italiens im Südosten auf Schritt und Tritt kollidieren, ist seitens der Achsenmächte grösste Behutsamkeit vonnöten, damit die Freundschaftspolitik des Dritten Reichs mit Sowjetrussland nicht in die Brüche geht. Diese Lage erleichtert es den Balkanstaaten, sich vorläufig durchzuwinden, ohne ihre Selbständigkeit mit fremden Servituten zu belasten.

Die Frage der Haltung Italiens in diesen Wirren ist so unabwehrt, dass ihre Behandlung hier überflüssig ist: Rom hält das Gleichgewicht zwischen friedlicher Arbeit und militärischer Bereitschaft noch aufrecht. Eine Entscheidung hat es aber bisher nicht getroffen.